

Ein US-amerikanisches Containerschiff hat im April 2018 am Hafen von Shanghai angelegt.

Mit Sicherheit gefährlich

Indem er seine Strafzölle auf Stahl und Aluminium mit der nationalen Sicherheit begründet, gefährdet US-Präsident Donald Trump nicht nur das Vertrauen in die NATO, sondern hebelt auch die US-Gewaltenteilung und die internationale Ordnung aus, meint der USA-Experte Josef Braml von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

Sicherheit als handelspolitisches Erpressungsmanöver

Gary Cohn – der Direktor des Nationalen Wirtschaftsrats, der Strafzölle kritisch gegenüberstand – kündigte am 6. März seinen Rücktritt an, nachdem er mit US-Präsident Trumps unvermittelter Entscheidung für Strafzölle einmal mehr bloßgestellt wurde. Trump ignorierte schließlich auch noch die sicherheitspolitischen Einwände seines Verteidigungsministers James Mattis, der gewarnt hatte, dass Amerika mit pauschalen Handelszöllen insbesondere Verbündete wie Deutschland, Japan und Südkorea schädigen würde.

Trump verdrehte diese sicherheitspolitische Begründung letztlich sogar in ihr Gegenteil: An europäische Partner wie Deutschland gerichtet, argumentierte der Präsident, dass wahre Verbündete Amerika nicht beim Handel „über den Tisch ziehen“ würden. Nicht nur das: Trump setzte hinzu, eben diese Partner sollten doch erst ihren militärischen Verpflichtungen in der NATO nachkommen und das „Zwei-Prozent-Ziel“ erfüllen, wonach die Mitgliedsländer des Verteidigungs-

bündnisses bis 2024 zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Rüstung und Militär ausgeben sollen. Damit verquickt der Präsident nicht nur handels- und sicherheitspolitische Ziele; sein Manöver kommt einer Erpressung gleich, die in keiner Weise den bisherigen Gepflogenheiten in der internationalen Ordnung entspricht.

Kanada und Mexiko, die Nachbarländer der USA, blieben bisher zwar von den angekündigten Zöllen verschont – aber nur, damit Trump einen Hebel behält für Verhandlungen im Nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA. Auch den Europäern wurde noch eine Schonfrist von 40 Tagen eingeräumt – damit Trump ein Druckmittel in der Hand behält, um Europa gegen China in Stellung zu bringen und den Verbündeten weitere Zugeständnisse abzunötigen.

Militärmacht als ultimativer Wettbewerbsvorteil

In seiner Vermischung von Handels- und Sicherheitspolitik nimmt Trump Amerikas Nato-Partner weniger als Verbündete denn als Gefährder wahr: Er sieht ihre Exporte in die USA als natio-

nale Bedrohung; eine Ausnahme von Strafzöllen können die europäischen Handelspartner demnach nur erbitten, indem sie nachweisen, dass sie ihre Import-/Export-Bilanz zugunsten der USA verändern. Europäische Verbündete können wohl nur dann längerfristig das Wohlwollen Trumps erwirken, wenn sie amerikanische Rüstungsgüter kaufen, damit technologisch abhängig bleiben und zudem das amerikanische Handelsdefizit verringern helfen. Wer weiterhin den Schutz der USA beanspruchen will, muss dafür künftig mehr zahlen – und diesen Tribut nicht nur durch seinen Beitrag zur Sicherheitspolitik, sondern auch in der Handelspolitik zollen.

Militärmacht zielt für den Geschäftsmann Trump damit nicht nur auf Sicherheit: Sie bietet den „kompetitiven Wettbewerbsvorteil“ schlechthin: Das ist nicht nur ein transaktionales, sondern ultimativ darwinistisches Verständnis internationaler Handels- und Sicherheitspolitik. Nach Trump haben Staaten damit keine Freunde, sondern nur nationale Interessen, und sie trachten danach, diese rücksichtslos durchzusetzen.

Verfolgt man dieses Nullsummendenden konsequent weiter, ist militärische Macht kein Mittel für internationale Stabilität, geschweige denn Frieden. Sie dient vielmehr dazu, um im härter werdenden internationalen Wettbewerb zu gewinnen – mit dem Recht des Stärkeren und zwangsläufig auf Kosten aller anderen Nationen.

Dieses auch in der aktuellen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA als „realistisch“ bezeichnete Politikverständnis von US-Präsident Trump und seiner Sicherheitsberater widerspricht der in Deutschland bevorzugten liberal-internationalistischen Vorstellung einer regelbasierten Weltordnung, in der internationale Organisationen wie die Nato, die Vereinten Nationen und die Welthandelsorganisation WTO eine zentrale Rolle spielen.

In der Weltsicht von US-Präsident Trump, in der maximale militärische Macht das Recht des Stärkeren begründet, sind multilaterale Organisationen ein Hindernis: Sie sind schließlich darauf ausgerichtet, internationales Recht zu stärken, auszugleichen, den Stimmen auch der – nach Trumps Meinung – „Schwächeren“ im Konzert der Nationen zur Geltung zu verhelfen.

Sicherheitspolitik als Nische zum Machtgewinn

Wenn es um die nationale Sicherheit geht, so wohl eine weitere Überlegung Trumps, kann auch die Gewaltenteilung im eigenen Land ausgehebelt werden. Schon unmittelbar nach dem Amtsantritt ließ der Präsident und seine Entourage keinen Zweifel daran, dass sie die Position der Exekutive auf Kosten der Machtbefugnisse des Kongresses stärken wollten.

Unter dem Vorzeichen einer nationalen Bedrohung kann die Regierungsgewalt, insbesondere die des Präsidenten, erheblich erweitert werden. Es ist diese Nische, die Trump – der als Geschäftsmann gewohnt war, dass seinen Anweisungen gefolgt wurde – jetzt ausnutzt, indem er sich auf den 1962 verabschiedeten Trade Expansion Act beruft, der dem Präsidenten die Befugnis gibt, aus Gründen der nationalen Sicherheit Strafzölle zu erlassen.

Gegenzölle sind keine Lösung

So naheliegend es auch erscheint, auf Zollschranken der USA ebenso mit Abschottung und Gegenzöllen zu reagieren, so gefährlich wäre dieses Handeln. Eine weitere Eskalation würde vor allem exportorientierten Ländern wie Deutschland schaden. Es könnte die Weltwirtschaft in eine nachhaltige Depression wie in den 1930er Jahren stürzen – mit den bekannten Folgen.

Besonnener – und am Ende zielführender – wäre es, die politische und ökonomische Problematik von Handelsungleichgewichten anzuerkennen und abzubauen. Denn darin eröffnen sich Chancen für Deutschland und Europa.

Stattdessen: Ungleichgewicht in Handel und Militär abbauen!

Dauerhafte Handelsungleichgewichte sind ein politisches Problem. In Ländern mit negativer Handelsbilanz, etwa in Großbritannien und in den USA, führen sie zur Wahrnehmung, das Ausland raube ihnen ihre Industrie. Sie nähren damit

zugleich die falsche Illusion, von Protektionismus profitieren zu können.

Dauerhafte Handelsungleichgewichte sind aber auch ein ökonomisches Problem. Überschussländer wie Deutschland sollten mehr Binnennachfrage generieren, Haushaltsüberschüsse vermeiden und die Investitionsbedingungen verbessern. Damit könnten die globalen Ungleichgewichte nach und nach abgebaut werden.

Indem Überschussländer wie Deutschland fiskalpolitische Anreize geben, um Ersparnisse stärker im eigenen Land zu investieren, würden Handelsungleichgewichte ausgeglichen. Im Vergleich zu anderen Industriestaaten hat Deutschland derzeit eine der niedrigsten Quoten für öffentliche Investitionen: Auch der deutsche Staat kann also mehr im eigenen Land investieren – in Schulen und Bildung, in die öffentliche Infrastruktur und die Digitalisierung, in Stromnetze, Straßen und beim Aufbau eines flächendeckenden Gigabit-Glasfasernetzes.

Um Trumps Forderungen nach höheren Militärausgaben zu entkräften und für die eigene Sicherheit zu sorgen, sollten europäische Regierungen einen Verteidigungsfonds etablieren, um gemeinsame Rüstungsanstrengungen zu ermöglichen. Europa sollte die Drohung von US-Präsident Trump ernst nehmen, dass die USA ihren Schutzverpflichtungen gegenüber ihren europäischen Verbündeten nicht mehr nachkommen werden, wenn diese nicht bereit sind, selbst mehr Lasten zu schultern.

Firmen und institutionelle Anleger könnten ihrerseits zur Verbesserung des Kapitalstocks in Deutschland und Europa beitragen, indem sie mehr Geld in die Binneninfrastruktur investieren und weniger in den USA – zumal dort über kurz oder lang ohnehin eine Entwertung ihrer Anlagen droht, wenn die privaten und staatlichen Schulden

in den USA weiter aus dem Ruder laufen. Mangels Fremdfinanzierung würde auch der Druck auf die USA erhöht, besser zu haushalten. Denn es sind vor allem auch Defizitländer wie die USA, die durch ihr riskantes Finanzgebaren makroökonomische Ungleichgewichte befördern: 2007/2008 haben sie damit die Weltwirtschaft kurz vor den Kollaps und auch viele deutsche Anleger um ihre Vermögen gebracht.

Es bleibt nicht mehr viel Zeit, um zu verhindern, dass die erneut anschwellenden makroökonomischen Ungleichgewichte wieder durch einen größeren Schock korrigiert werden, der die Weltwirtschaft und auch Europas politische Systeme einmal mehr in die Krise stürzt.

Dr. Josef Braml ist USA-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und Autor des Buchs „Trumps Amerika – Auf Kosten der Freiheit“. Aktuelle Einschätzungen veröffentlicht er auch über seinen Blog „usaexperte.com“.

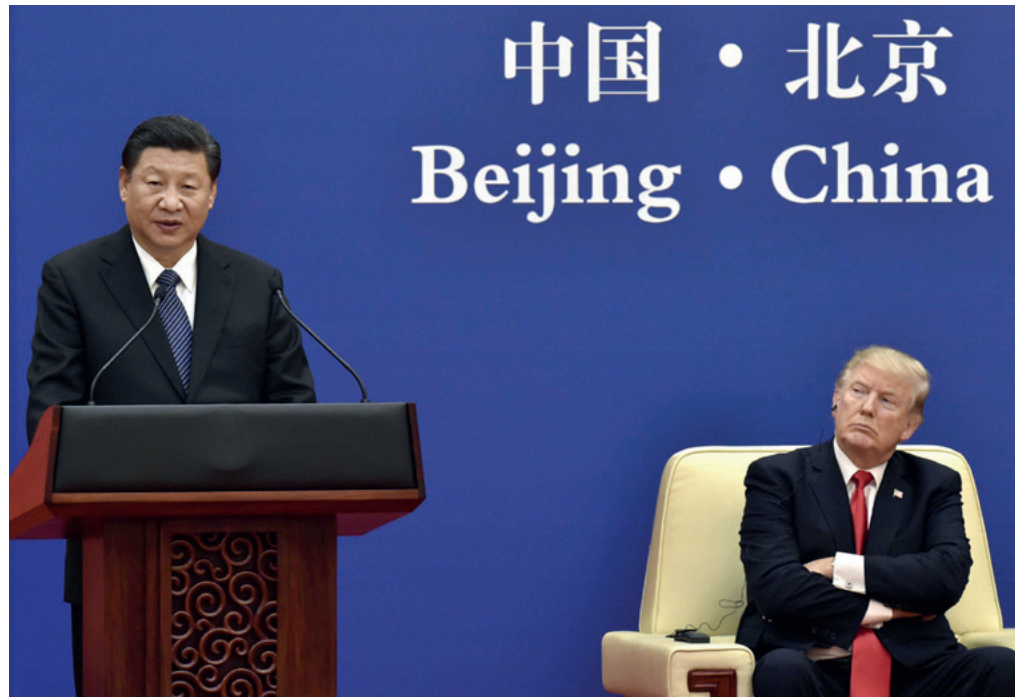
Dieser Beitrag erscheint in einer ausführlicheren Fassung auch als DGAPkompakt Nr. 6/März 2018 „Mit Sicherheit gefährlich“.



Dr. Josef
Braml

Foto: Dirk Enters/DGAP

Foto: imago/Kyodo News



Der chinesische Präsident Xi Jinping während einer Pressekonferenz mit US-Präsident Donald Trump (r.)